

Anmerkungen zur Weltlage : eine Tour d'horizon

Autor(en): **Salis, J.R. von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **61 (1981)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163746>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

J. R. VON SALIS

Anmerkungen zur Weltlage

Eine Tour d'horizon

Regierungen und Regimes kommen und gehen, die Probleme bleiben. Auch nach einer Revolution bleibt ein Staat mit seinen permanenten Interessen und seiner nationalen Kontinuität behaftet. Auch nach einem Regierungswechsel sind die Probleme, die es zu bewältigen gilt, die gleichen. Frau Thatcher müht sich mit einer Doktor-Eisenbart-Kur um die Heilung der «englischen Krankheit», die nicht einzutreten scheint. Ronald Reagan ist sicher ein geschickterer show-master als Jimmy Carter; er möchte auch durch einen neuen Anfang die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Schwächen seines Landes beheben, was ein Langzeitprogramm voraussetzt. Deutschland, Frankreich, Italien haben mit ihren eigenen innen-, aussen- und wirtschaftspolitischen Problemen genug zu tun. Frau Gandhi verwaltet wiederum das Erbe der vorhergehenden Regierungen in Indien – und so für alle Länder und Völker der Erde.

Eine ehrliche Analyse des «*state of the world*» muss zunächst auf Wunschdenken verzichten. Viel Wünschenswertes, was die Wohlfahrt der geplagten Menschheit betrifft, hält einer kritischen Durchleuchtung nicht stand. Interessen haben Vorrang vor humanitären und ideologischen Postulaten. Es gibt jedoch in der Politik selten nur-Böses und nur-Gutes. Kritik an verwerflichen Erscheinungen bei den «anderen» darf nicht blind machen für ungute Erscheinungen bei uns selbst. Zweifellos urteilt jeder Analytiker von seinem eigenen Standort und Standpunkt aus; jede Analyse ist bis zu einem gewissen Grad eine Stellungnahme. Aber historisch-politische Denkdisziplin verpflichtet zu jenem Grad von Objektivität, der zu verantworten ist.

Die USA

Vor Jahren machte ein Bestseller die Welt auf die «*Amerikanische Herausforderung*» aufmerksam. Seit der historischen Wende des erfolglosen Vietnam-Krieges und der Watergate-Krise steht die Welt vor der Frage, ob es

noch eine amerikanische Herausforderung gebe und, wenn ja, welcher Art sie sei. Die Dimension und das Potential der Vereinigten Staaten sind sich gleich geblieben; die Frage lautet, ob und wie Amerika die Kraft seiner Dimension und die Möglichkeiten seines Potentials aktivieren kann und will. Ein Potential als solches bedeutet nicht viel; nur was daraus gemacht wird, zählt. Die allgemeine Wehrpflicht wurde in Amerika abgeschafft; ein Kongressbeschluss untersagt militärische Expeditionen in andere Weltteile. Dass die Ausbildung und die Qualität der Streitkräfte und daher der effiziente Einsatz von Material und Truppen in Amerika selbst zu Kritik Anlass gab, ist bekannt. Präsident Giscard d'Estaing hat in seinem Fernsehgespräch vom 27. Januar 1981 die Mängel der amerikanischen Kriegstüchtigkeit einzeln genannt¹.

Wie in Zukunft Präsident Reagan seine Spar- und Steuersenkungspolitik mit der Stärkung der Wehrkraft Amerikas vereinen will, bleibt eine offene Frage. Die wirtschaftlichen und sozialen Nöte: Inflation, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Senkung des Lebensstandards, Notlage der Grossstädte, Kriminalität, Staatsverschuldung, Handelsbilanzdefizit bedürfen einer langen und schmerzhaften Behandlung. Das Präsidialmandat von vier Jahren ist dazu kurz bemessen. Der «*Christian Science Monitor*» bezeichnete Reagans wirtschaftspolitisches Programm als einen scharfen «Thatcherism». Ob seine Mitarbeiter geeignet sind, neue Wege erfolgreich zu beschreiten, ist in Amerika umstritten. Einige hochqualifizierte Persönlichkeiten – Kissinger, Shultz, Simon – gehören nicht zum Regierungsteam. Professor Stern von der Columbia University nennt Reagans Kabinettsmitglieder, im Unterschied zu Kennedys «*New Frontier*», eine «*Old Frontier*». Mit liberalkonservativen Rezepten, wie sie in England von Mrs. Thatcher und von Premierminister Barre in Frankreich bereits angewendet wurden, erzielt man keine Begeisterungstürme beim Publikum. Es ist aber das Publikum, das arbeiten, ordentlich verdienen, besser leben, mehr Sicherheit und Lebensfreude haben möchte. Mit leeren Kassen kann auch in Amerika der Staat nicht viele Wünsche befriedigen. Die Frage lautet, ob es die freie Wirtschaft wird tun können.

Auch in der Aussenpolitik möchte die Administration Reagan einen neuen Anfang machen. Die offiziellen Reden und Stellungnahmen fallen im Ton härter und im Auftreten forscher aus als unter Carter. Statt Menschenrechten steht die Bekämpfung des Terrorismus auf dem Programm. An die Sowjetunion werden Anschuldigungen in den Ausdrücken des Kalten Krieges gerichtet. Es ist eine andere Frage, ob es einer amerikanischen Regierung in den heutigen Zeitläuften gelingen wird, verbündete Staaten wieder «an die Kandare zu nehmen». Eine echte Solidarität mit ihnen wäre nur möglich, wenn ihr Vertrauen in Amerikas Gesundheit und

Stärke wiederkehren und eine Übereinstimmung im Geist und der Praxis von ehrlichen Konsultationen erzielt würden.

Es ist, wenn man alles erwägt, fraglich, ob eine konservative Regierung wie diese im Sinne hat, Amerikas ehemalige Funktion als «Weltpolizist» wiederherzustellen. Konservative Politiker und Generäle sind erfahrungsgemäss berechnend und vorsichtig. Sie fordern kaum unbedacht Gefahren heraus. Sie sorgen zunächst für das eigene Haus. Die amerikanische Tradition war weniger auf weltpolitische Abenteuer als auf das «*no entanglement*» – auf die Vermeidung gefährlicher Verstrickungen bedacht. Eine solche Politik ist keineswegs unvereinbar mit dem Streben nach Stärkung der eigenen Wirtschaft und Wehrkraft. Doch stehen heute die Atommächte vor der Tatsache, dass infolge der strategischen Langstreckenwaffen der Krieg als Mittel der Politik kaum mehr brauchbar, die Berechnung von Sieg und Niederlage unmöglich geworden ist. Auch Reagan schliesst Verhandlungen mit der Sowjetregierung über eine Rüstungsbeschränkung nicht aus. Eine aggressive Taktik wäre diesem Geschäft nicht dienlich. Ausserdem wird ein Regierungsteam aus Kalifornien auch in Washington nicht vergessen, dass sich die USA in erster Linie vor einer feindlichen Haltung von lateinamerikanischen Staaten hüten müssen. Reagans erster aussenpolitischer Kontakt war eine Begegnung mit dem Präsidenten von Mexiko, sein zweiter der Empfang des Präsidenten von Jamaica im Weissen Haus. Vor der Haustür liegt ein unruhiges Mittelamerika, lauert die Destabilisierung der Verhältnisse im Karibischen Meer. Kuba bleibt ein Dorn im Fleisch Amerikas. Die Monroe-Doktrin ist nicht tot: Amerika den Amerikanern. Ein anderes Prinzip, das die Leute der Westküste immer hochgehalten haben, lautet: «*Asia first*». Der Präsident aus Kalifornien hat als ersten überseeischen Staatschef nicht einen Europäer, sondern den Präsidenten von Südkorea mit allen Ehren empfangen.

Europa und die Deutsche Frage

Es gibt mehrere Europa, ein nördliches, ein südliches, ein östliches. Europa ist kein Vaterland. Wir sind Europäer, weil unsere Staaten und Nationen in Europa liegen und eine Anzahl Eigenschaften der Kultur und der Sozialstruktur gemein haben. Abgesehen von der Teilung, die Europa beschieden ist, ist sein westlicher Teil auch keine Föderation; aus der wirtschaftlichen Integration ist keine politische Union entstanden. Man sagt vom Nationalismus, er sei überlebt, er sei tot. Warum sind die Völker, deren populärste Beschäftigung der Sport ist, so chauvinistisch, wenn es um sportliche Wettkämpfe geht? Mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und Norwegens liess es sich die westeuropäische Sportwelt

nicht nehmen, an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen – was ein spektakulärer Verstoss gegen die Aufforderung eines amerikanischen Präsidenten war. Man muss zwischen einem Nationalismus unterscheiden, der sich vom Hass gegen andere Völker nährt, und dem natürlichen Zusammengehörigkeitsgefühl der in Nationalstaaten geeinten Völker.

Es ist ein wenig in Vergessenheit geraten, dass für Franzosen, Briten, Italiener, Holländer, Schweden usw. die nationale Identität eine Selbstverständlichkeit und ein faktischer politischer Zustand ist, seit dreissig Jahren aber diese nationalstaatliche Identität den Deutschen verwehrt ist. Jedermann weiss, obgleich es niemand ausspricht, dass die Teilung Deutschlands nach dem letzten Kriege sowohl dem Westen als auch dem Osten als Lösung der Deutschen Frage willkommen war. Der westdeutsche Staat fand Sicherheit und Wohlstand in seinem Bündnis mit dem Westen. Nehru hat vor Jahren die Regierung in Bonn mit seiner Bemerkung schockiert, die Bundesrepublik habe keine Politik gemacht, die der Wiedervereinigung förderlich gewesen wäre. Inzwischen ist die staatliche Existenz der beiden deutschen Republiken so sehr gefestigt und in unvereinbare politische Formen gegossen, dass weder hüben noch drüben Möglichkeiten eines politischen Zusammenschlusses in irgendeiner Form vorhanden zu sein scheinen.

Auf weite Sicht wäre es klüger, wenn man im Dossier der internationalen Beziehungen das Aktenzeichen «Deutschland» als ein bisher zwar unlösbares, aber echtes politisches Problem in Rechnung stellen würde; aus dem einfachen Grunde, weil hier eine Anomalie vorliegt, die sich eines Tages rächen könnte. Im Zentrum Europas liegt eine unbefristet tickende Zeitbombe. Sicher ist die Deutsche Frage in der Form einer Wiedervereinigung nicht aktuell. Man sollte jedoch nicht übersehen, dass zwar die beiden deutschen Regimes grundsätzlich und praktisch unvereinbar sind, aber zwischen den Deutschen auf beiden Seiten der unnatürlichen Grenze keinerlei Hass besteht. Täglich gibt es zwischen der Bundesrepublik und der DDR mehr als 35 000 Telefongespräche. Die Wirtschaftsbeziehungen bilden ein enges Netz beidseitiger Interessen. Vereinbarungen, die die sozialliberale Regierung in Bonn mit der Regierung der DDR getroffen hat, waren in der Bundesrepublik keineswegs unpopulär; sie haben sich unlängst wahlpolitisch zugunsten der Regierung Schmidt-Genscher ausgezahlt. Schlagwörter und Stellungnahmen wie sie in den fünfziger und noch zu Beginn der sechziger Jahre üblich waren, sind heute überholt. Selbstverständlich sind die deutsch-deutschen Beziehungen überaus schwierig; dass ausserdem keiner der beiden Staaten auf den mächtigen Protektor, auf dessen Schutz beide angewiesen sind, verzichten kann, liegt auf der Hand. Dennoch gibt es einen recht langen Katalog von Sachfragen,

die zwischen beiden deutschen Regierungen angeschnitten wurden und der praktischen Lösung harren. Helmut Schmidt und Erich Honecker gehören dem politischen Managertyp an, und obgleich beide ihre Bündnistreue gegenüber Washington beziehungsweise Moskau immer von neuem beschwören, deutet einiges darauf hin, dass sie sich sprechen können – wenn es die Umstände erlauben.

Hinter diesen Sachfragen lauert die ungleich wichtigere Frage der Friedenserhaltung. Man mag die Probleme der Ost–West-Spannung drehen und wenden, wie man will: ein Krieg der Supermächte in Europa würde in erster Linie auf deutschem Boden stattfinden. Es wäre leichtfertig, über den sicht- und spürbaren Rückschlag in der Entspannungspolitik – die übrigens vordergründig eine amerikanisch-sowjetische Politik war, die mehr als hundert Abkommen und Verträge zwischen den Supermächten gezeitigt hat – zu spotten, als ob es sich dabei um Illusionen schwachbegabter Politiker gehandelt hätte. Wenn die Entspannungspolitik bei den Bürgern der Bundesrepublik populär war (ist), dann vor allem deshalb, weil den Deutschen alles willkommen sein muss, was ihr Land vor den unermesslichen Verwüstungen und Verlusten eines Krieges bewahren kann. Hat man ausserdem daran gedacht, dass ein Krieg der beiden Machtblöcke auch ein Krieg zwischen Deutschen wäre? Wäre eine solche Situation vorstell- und durchführbar? Als im Sommer 1980 Präsident Carters Aussenpolitik gefährlich auszurutschen drohte, war es Bundeskanzler Schmidt, der vernehmlich an den Sommer 1914 erinnerte. Auch England und Italien könnten in ihrem heutigen Zustand einen Krieg schwerlich bestehen.

Es gab eine Zeit, da man in Europa unter der «Deutschen Frage» die Gefahr eines Kriegsausbruchs verstand. Heute ist umgekehrt die Deutsche Frage eine solche der notwendigen Bewahrung des Friedens in Europa – selbst dann, wenn in anderen Weltteilen kein Verlass auf Stabilität und Frieden ist. Der Generalsekretär der deutschen FDP und ehemalige Leiter eines Arbeitsstabes im Bonner Auswärtigen Amt, Günter Verheugen, sagt in einer Untersuchung über «*Chancen und Grenzen der Entspannungspolitik*»: «Es waren Liberale, die einen ganz entscheidenden Anteil daran hatten, dass diese bedeutende aussen- und innenpolitische Neuorientierung gegen massive Kritik durchgesetzt werden konnte. Und es war das grosse Verdienst der FDP, ihre historische Leistung für unser Land, dass sie für Kontinuität unserer Aussenpolitik gesorgt und den notwendigen Fortschritt ohne Bruch mit der Vergangenheit ermöglicht hat. Mit der CDU/CSU zusammen hatte die FDP gegen den heute überwundenen Widerstand der SPD die Westintegration durchgesetzt. Mit der SPD gegen den allerdings immer noch nicht überwundenen Widerstand der CDU/CSU schliesslich

setzte sie auch den deutschen Beitrag zum internationalen Entspannungsprozess und zur Normalisierung mit den übrigen Nachbarn durch.»²

Das dürfte ein wenig zu glatt formuliert sein. Man muss in Carlo Schmid's aufschlussreichem Memoirenband nachlesen, unter wie grossen Schmerzen der Verzicht der Sozialdemokraten auf die von Kurt Schumacher vergeblich verfochtene nationaldeutsche Politik erfolgt – und wie lebendig in einem doch so europäisch und humanistisch gesinnten Kopf wie Carlo Schmid das nationale Anliegen geblieben ist. Ist es verwunderlich, wenn es Deutsche gibt, die nach neuen Wegen Ausschau halten? Was unvermeidlich mit einer gewissen Distanzierung von amerikanischen und westeuropäischen Vorstellungen verbunden ist. Bundeskanzler Helmut Schmid's Haltung gegenüber den Verbündeten gestattet keinen Zweifel an seiner Loyalität, bei selbstverständlicher Wahrung des eigenen Urteils; er betonte anlässlich der Budgetdebatte im Bundestag, dass an der Bedeutung der einen deutschen Nation aus politischen und moralischen Gründen nicht gerüttelt werden dürfe. Dass in deutschen Köpfen Verbindungen zwischen Demokratie, Sozialismus und nationalem Selbstverständnis hergestellt werden, ist nicht unverständlich, aber zunächst spekulativ. Die Schwierigkeit dabei ist, dass die einen (im Westen) ihre Freiheit nicht verlieren möchten, und die andern (im Osten) sich nach Freiheit sehnen.

Die NATO

Als ich kurz nach dem Austritt Frankreichs aus der NATO den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer in Bonn aufsuchte, sagte er, er habe die Aussetzungen de Gaulles am Bündnis geteilt, aber seinen Entschluss, sich aus der integrierten Organisation zurückzuziehen, bedauert. Beide, de Gaulle und Adenauer, hatten vergeblich Präsident Kennedy auf wünschbare Änderungen der Organisationsform des Nordatlantik-Bündnisses aufmerksam gemacht. «Die NATO zerbröckelt», schloss Adenauer seine Bemerkungen, und von den Amerikanern sagte er, sie seien «vollkommen unfähig, irgend etwas von Europa zu verstehen». Ein amerikanischer Diplomat und Historiker, der sich in Europa und insbesondere auch in der Sowjetunion auskennt, George Kennan, und der als erster die Politik des «*containment*» in einer aufsehenerregenden Abhandlung definiert hatte, war ebenfalls unzufrieden mit der Organisationsform des von ihm herbeigewünschten Nordatlantiktaktes. Nach Kennan hätte die gemeinsame westliche Abwehr der kommunistischen Gefahr vor allem politischer Art sein sollen. Anstatt dessen wurde ein rein militärischer Apparat mit Infrastrukturen und Stäben unter amerikanischem Oberbefehl ins Leben gerufen.

Politisch ist, ausser vielleicht in der Bundesrepublik Deutschland, die technokratisch konzipierte NATO kaum in die Vorstellungs- und Gefühlswelt der europäischen Völker gedrungen. Sie ist eine Sache der Minister und Generäle geblieben. Im Unterschied zum Generalsekretär der UNO, der eine staatsmännische Rolle in der internationalen Politik spielen kann, hat der Generalsekretär der NATO keinerlei Befugnis, politische Initiativen zu ergreifen. Es ist auch zu wenig bekannt, dass eine Mobilmachung der Streitkräfte in den verbündeten Staaten nicht vom NATO-Rat angeordnet werden kann; die Befugnis zur Mobilmachung und zur Kriegserklärung liegt bei den einzelnen Regierungen und Parlamenten. Die NATO ist ein Panzer ohne Geist und Herz, die nationale Politik; auch die Rüstungspolitik der verbündeten Staaten läuft nebenher. Forderungen der Amerikaner an ihre Verbündeten können nur auf Grund von freiwilligen und einstimmigen Beschlüssen erfüllt werden.

In Wirklichkeit handelte es sich aber um kaum verhüllte Befehle aus Washington, denen die europäischen Partner nur schwer widerstehen konnten. Das hatte zur Folge, dass die Parlamente oder die öffentliche Meinung der europäischen Verbündeten den Beschlüssen des NATO-Rates manchmal Widerstand entgegensetzten. Ihre Zurückhaltung war um so grösser, als sie sich nicht sicher waren, ob hinter der amerikanischen Politik eine zuverlässige Entschlusskraft stand. Weder für Ungarn noch für die Tschechoslowakei, noch auch gegen den Mauerbau in Berlin haben die Amerikaner die Hand gerührt. Adenauer hat nie an die Entschlossenheit eines amerikanischen Präsidenten geglaubt, wegen einer europäischen Frage einen Atomkrieg zu riskieren. Henry Kissinger hatte in seinem Buch *«The Troubled Partnership»* die amerikanische NATO-Politik wegen ihrer geringen Rücksichtnahme auf europäische Meinungen und Empfindlichkeiten kritisiert. Als ich einem amerikanischen Kollegen sagte, Kissinger habe als Aussenminister Europa gegenüber die gleiche Politik gemacht wie seine Amtsvorgänger, gab er lächelnd zur Antwort: «Wenn ein Mann in ein Amt kommt, ist es etwas anderes.»

In diesen Zusammenhängen hat zweifellos die französische Aussenpolitik seit de Gaulle Zeichen gesetzt, die an der Entwicklung der NATO und der europäisch-amerikanischen Beziehungen nicht spurlos vorübergegangen sind. Präsident Giscard erklärte in dem erwähnten Fernsehgespräch: «Ich schliesse die Rückkehr in die NATO aus.» Keine französische Regierung könnte sich anders entschliessen. Bekanntlich ist der Verteidigungsbereich der NATO geographisch begrenzt. Der Vertrag impliziert keine Verpflichtungen der Verbündeten im Nahen oder ferner Osten oder in Afrika. Trotzdem waren die Amerikaner enttäuscht und ungehalten, als ihre europäischen Verbündeten ihr Vorgehen weder in

Vietnam noch in Israel unterstützten. Amerika ist schnell dabei, den Europäern einen Hang zur «Finnlandisierung» anzukreiden. Abgesehen davon, dass es eine Beleidigung des unerschütterlich seine Unabhängigkeit verteidigenden finnischen Volkes ist, wenn man die friedfertige und notgedrungen vorsichtige Pflege seiner Beziehungen zur Sowjetunion moralisch abwertet, handelt Westeuropa aus Selbsterhaltungstrieb, wenn es versucht, auf seinem vielgeprüften Kontinent die Stabilität aufrechtzuerhalten. Der Abbruch des Entspannungsprozesses wäre für alle negativ, erklärte der italienische Aussenminister Colombo. Zugespitzt könnte man sagen, so wie wir mit der Atombombe leben müssen, müssen wir auch mit der Sowjetunion leben können. Was bedeutet, dass man in Europa explosiven Entwicklungen vorzubeugen trachtet.

Amerika liegt jenseits des Ozeans. Es hatte nie den Krieg bei sich. Theoretisch würde es vielleicht einen Krieg in Europa nicht scheuen; faktisch will es vermeiden, dass seine Städte von Atombomben zertrümmert werden. Die Amerikaner rechnen so wenig mit einem Bombenkrieg, dass sie in ihren Städten keine Massnahmen zum Zivilschutz ergriffen haben. Im Ergebnis ist auch die amerikanische Sicherheitspolitik zwiespältig. Sie wünscht zwar eine möglichst dichte Bestückung Europas mit Waffen und Truppen, aber sie möchte unter allen Umständen den Einsatz von Langstreckenraketen zur gegenseitigen Bombardierung Amerikas und Russlands mit Atombomben vermeiden. Dass sich unter solchen Voraussetzungen die Europäer Gedanken machen über einen nur auf ihren schmalen und dichtbesiedelten Boden beschränkten Krieg, ist verständlich. Die «Zerbröckelungs»-Erscheinungen in der NATO und die «Finnlandisierungs»-Versuchungen in Europa sind die Folgen solcher Sorgen. Kurz gesagt: Die Europäer hatten in unserem Jahrhundert genug an zwei Weltkriegen, deren Besonderheit es war, dass im letzten Akt des Dramas eine amerikanische Armee europäischen Boden betrat und siegte. Im Zweiten Weltkrieg hatten die amerikanischen Generäle mit ihren russischen Kollegen eine Aufteilung der Operationsräume abgesprochen, die die amerikanische Besetzung auf die westliche Hälfte Europas einschränkte. Wie immer nach einem Krieg haben auch 1945 die militärischen Ergebnisse die nachfolgende politische Lage herbeigeführt.

Dazu noch eine Bemerkung. In einem offenen Gespräch mit dem ehemaligen Aussenminister eines europäischen Kleinstaates machte mich dieser darauf aufmerksam, dass deutlich die traditionellen Verhaltensweisen der Staaten wieder in Erscheinung treten. Französische Minister und andere Repräsentanten seien immer häufiger in Warschau, Prag, Belgrad und Bukarest anzutreffen – den Hauptstädten Polens und der Kleinen Entente. In Österreich, Ungarn und der Türkei seien wie früher die Deutschen

aktiv. Die Engländer treffe man wieder im Nahen und Mittleren Osten an. Es gebe, meinte dieser Staatsmann, solche traditionellen Muster, die sich nach einer Übergangszeit in veränderten Formen von neuem durchsetzen. Ich bemerkte, dass vermutlich auch die Vereinigten Staaten wieder zum Isolationismus zurückfinden werden, was sie zu gegebener Zeit mit der mangelnden Gefolgschaftstreue der europäischen Verbündeten rechtfertigen würden. Sicher sei es so, meinte mein Gesprächspartner, aber man werde es nicht mehr Isolationismus nennen, und dieser werde etwas andere Formen annehmen.

Naher und Mittlerer Osten

An der Gipfelkonferenz der islamischen Staaten im saudiarabischen Taif, an der vierunddreissig Staaten vertreten waren, rief der Aussenminister Saudiarabiens, Kronprinz Fahd, zum «Heiligen Krieg», genauer zur «Mobilisation» der muselmanischen Welt zur Befreiung der seit 1967 besetzten Gebiete Palästinas und Jerusalems auf; aber auch zur Herbeiführung einer politischen Lösung in Afghanistan, wozu der Abzug der sowjetischen Truppen gehören müsse. Mit dieser Gleichstellung Palästinas und Afghanistans wollten die Regierungs- und Staatsschefs der islamischen Staatenwelt gleiche Distanz zu Amerika und zur Sowjetunion markieren. Für ihren Kampf wollen diese Regierungen «alle verfügbaren Mittel» aufbieten, wobei es darum gehe, «mit dem Erdölgeld eine derart hervorragende Position Saudiarabiens und der gesamten muselmanischen Welt zu schaffen, dass die westliche und sowjetische Welt die Forderungen der Muslime nicht ignorieren können». Im Schlusscommuniqué forderte die Konferenz von Taif ausserdem Irak und Iran auf, sofort ihre Kämpfe einzustellen. Die Gleichsetzung von Palästina und Afghanistan gestattet der muselmanischen Welt, «beide Supermächte unter Anklage zu stellen»³.

Dass die Krisenherde im Nahen Osten und rund um den Persischen Golf dem Zugriff Amerikas und der Sowjetunion zum grössten Teil entzogen sind, muss trotz der Vermittlerrolle der USA zwischen Ägypten und Israel, auch trotz der Invasion Afghanistans durch die Russen, als eine wichtige Tatsache vermerkt werden. Dass die Friedensbemühungen Washingtons im Nahen Osten bloss zu dem immer noch schwer durchführbaren Abkommen von Camp David geführt, und dass die Besetzung Afghanistans durch Sowjettruppen keinen endgültigen Erfolg gezeitigt haben, deutet auf eine Einschränkung der machtpolitischen Möglichkeiten der Supermächte in diesen hochexplosiven Regionen hin.

Es ist klüger, wenn man für den Westen keine allzu günstige Prognose stellt, was die Entwicklung in einer Weltgegend betrifft, die sich von

Marokko bis Pakistan erstreckt. Die Revolution in Iran hat Zeichen gesetzt, und niemand kann voraussagen, was sich in Zukunft in den Golf- und andern islamischen Staaten ereignen wird. Es kann keine Rede davon sein, dass die Amerikaner aus genügend vorbereiteten und bestückten Stützpunkten in arabischen Staaten oder in Pakistan militärische Operationen gegen Iran oder Afghanistan einleiten könnten. Solche Interventionsversuche würden in dieser Region zu politischen Erschütterungen von unabsehbarer Tragweite führen. Die Russen haben es strategisch insofern leichter, als sie aus dem eigenen Staatsgebiet über ihre Landesgrenzen gegen südlich davon liegende Gebiete operieren können; aber sie haben mit der Besetzung von Afghanistan einen Fehler begangen, nicht nur wegen des innerafghanischen Widerstands, sondern weil kein Staat der benachbarten Region – auch Indien nicht – bereit ist, das von Moskau in Kabul eingesetzte Regime anzuerkennen. Wenn sich die Russen ohne Prestigeverlust aus Afghanistan zurückziehen könnten, würde es kaum dank der von Giscard d'Estaing vorgeschlagenen Konferenz – an der auch Amerika und China teilnehmen würden – geschehen, sondern eher durch die Vermittlung von Staaten der muselmanischen Welt und vielleicht Indiens, an deren guter Nachbarschaft den Russen gelegen sein muss. Ob dergleichen möglich wäre, ist allerdings ungewiss.

Die Vorgänge in Iran, Irak und Afghanistan haben vorübergehend Israel entlastet. Die Initiative des ägyptischen Präsidenten Sadat bei seinem sensationellen Auftritt in Jerusalem hatte ursprünglich nicht den Abschluss eines Sonderfriedens seines Landes mit Israel zum Ziel, sondern einen allgemeinen Friedensschluss zwischen Israel und seinen Nachbarn. Das Abkommen von Camp David hat dieses Konzept eingeschränkt. Ein Augenschein in Ägypten scheint mir folgende Schlüsse zu erlauben: 1. Der Frieden mit Israel ist populär, nachdem die bisherigen Kriege grosse Verluste und wirtschaftliche Schäden verursacht haben. 2. Die Isolierung Ägyptens in der arabischen Welt ist für die Ägypter schwer erträglich; dazu kommt, dass auch in Ägypten eine aktive muselmanische Bewegung an Boden gewinnt. 3. Man hindert die Regierung Sadat nicht an der Ausschöpfung der Vorteile, welche das Abkommen von Camp David dem eigenen Lande gewährt; aber der Staatschef und seine Mitarbeiter sind isoliert und müssen mit der Opposition nicht nur einer politischen Elite, sondern auch der Gläubigen und ihrer Geistlichkeit rechnen. 4. In der regimetreuen Presse (eine andere gibt es nicht) wird die Revolution in Iran scharf verurteilt; sie hat aber auf gläubige Muselmanen, wie in andern konservativen arabischen Ländern, ihre Wirkung nicht verfehlt.

Wenn die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf Israel eine von der amerikanischen Politik abweichende Haltung einneh-

men, darf ihre Haltung nicht einseitig auf die Sorge um das Erdöl zurückgeführt werden. Der britische Aussenminister Lord Carrington hat ausgesagt, dass England selber genug Erdöl produziere, um nicht wegen der Gefahr eines eventuellen Erdölboykotts seine begründeten Aussetzungen an der israelischen Politik zu machen. Dass die israelische Herrschaft über eine arabische Bevölkerung, die in absehbarer Zeit fast so zahlreich werden könnte wie die jüdische, auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, ist nicht nur vielen Israelis bewusst; diese Politik, wie sie Menachem Begin vertrat, stösst zunehmend auch auf die Kritik der finanzkräftigen und bisher zahlungsbereiten amerikanischen Judenschaft und der politischen Kreise in Washington. Wortführer der amerikanischen Juden haben Israel vor einer Überschätzung des jüdischen Einflusses auf die amerikanische Regierungspolitik gewarnt. Vielleicht wird in der günstigsten Hypothese ein Friedensschluss Israels mit seinen Nachbarn und mit den Repräsentanten des palästinensischen Volkes nach gründlicher Selbstbesinnung und schwierigen Verhandlungen einmal möglich sein.

Der Ferne Osten

Als General deGaulle die diplomatischen Beziehungen Frankreichs mit Peking wiederherstellte, ging eine Welle moralischer Entrüstung über die westliche Welt. Seitdem Nixon und Kissinger dem grossen Mao ihre Aufwartung gemacht haben, ist die Volksrepublik China bei der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite der gleichen westlichen Welt en vogue. Die menschliche Fähigkeit zu opportunistischem Verhalten ist beinahe unbegrenzt, und die geringe aussenpolitische Bedeutung ideologischer Gesinnungstüchtigkeit bedarf keiner neuen Beweise. China ist nach wie vor ein kommunistisches Land; aber weil es mit der anderen kommunistischen Macht, die dem Westen so grosse Sorgen bereitet, in bitterem Streit liegt, ist diesem Westen die Freundschaft der fernöstlichen Volksrepublik willkommen. Vielleicht wäre ein wenig Vorsicht ratsam, da niemand die künftige innen- und aussenpolitische Entwicklung des chinesischen Riesenreiches voraussehen kann. Aber natürlich war es grotesk, als jahrelang die westlichen Demokratien die Emigrantenregierung des Kuomintang auf der Insel Taiwan als offizielle Repräsentantin des chinesischen Volkes anerkannten.

Japan, das von dem amerikanischen Freundschaftsbesuch in Peking überrumpelt wurde, musste sofort nachziehen; es ist aber inzwischen mehr als nur eine Nebenerscheinung der amerikanisch-chinesischen Verständigung, wenn die japanisch-chinesischen Beziehungen für die gesamte politische, wirtschaftliche und strategische Lage im Fernen Osten eine grosse

Bedeutung erlangt haben. Japan hatte die Wahl zwischen einer engeren, mit Entwicklungsplänen in Sibirien verbundenen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, und engeren Beziehungen mit der Volksrepublik China. Infolge ihrer hartnäckigen Weigerung, den Japanern einige Inseln vor der Pazifikküste zurückzuerstatten, hat die Sowjetregierung selber dafür gesorgt, dass Japan seiner Zusammenarbeit mit China den Vorrang einräumte. In einem grösseren Umfang als es die Industriestaaten des Westens tun können, kann die japanische Industrie in Zukunft China bei seinem Aufbau helfen und dabei ihren Vorteil finden. Das ist eine Parallelerscheinung zu den Geschäften, die die Bundesrepublik Deutschland und andere westeuropäische Staaten seit Jahrzehnten, allen politischen Gegensätzen zum Trotz, mit der Sowjetunion tätigen. Das kapitalistische Japan hilft wirtschaftlich dem kommunistischen China, das kapitalistische Westeuropa versagt es sich nicht, der sowjetischen – und neuerdings auch der chinesischen – Wirtschaft zu helfen. Solche Geschäfte auf Gegenseitigkeit sind trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme ergeben, beiden Partnern dienlich. Schliesslich müssen alle Industriestaaten, im Westen wie im Osten, mit ihrem Aussenhandel für Arbeit und Verdienst ihrer Bevölkerung sorgen. Zwar lebt man in der kapitalistischen wie in der sozialistischen Welt in Vorstellungen von ideologischer Rechtgläubigkeit. Wirtschaftsbeziehungen sind aber allemal eine andere Sache . . .

Auch für den Fernen Osten gilt die Regel, dass traditionelle politische Muster und Verhaltensweisen nach Revolutionen und Kriegen in abgewandelten Formen wieder in ihre Rechte treten. Die enorme Tüchtigkeit der Japaner hat, wie die deutsche Tüchtigkeit, nach der Katastrophe von 1945 von neuem die Oberhand gewonnen. In beiden Fällen war es die wirtschaftliche Waffe, unter Verzicht auf den gescheiterten militärischen Imperialismus, die den im letzten Weltkrieg Besiegten gestattete, ihren politischen Einfluss in der Welt wieder zur Geltung zu bringen. Japan eroberte in China und Südostasien nicht mehr Territorien, sondern Märkte, und auch den europäischen und amerikanischen Markt. Man zählt Japan wegen seiner Wirtschaftsstruktur und infolge seines Bündnisses mit den USA paradoxerweise zur «westlichen Welt»; dass aber die japanische Konkurrenz dem eigentlichen Westen unbequem geworden ist und das Prinzip des Freihandels in Frage stellen könnte, belastet die gegenseitigen Beziehungen. Mehr noch als Westeuropa erwies sich Japan den Vereinigten Staaten gegenüber als ein widerborstiger Verbündeter, der es vor allem mit der militärischen Aufrüstung nicht eilig hatte. Obgleich die Beziehungen zwischen Tokio und Moskau kühl sind, hütet sich Japan vor einer Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion.

Nach marxistischer Theorie würde in einer sozialistisch organisierten Welt Frieden herrschen, nur der Kapitalismus verursache Kriege. Dennoch herrscht zwischen zwei revolutionären, sich auf Marx und Lenin berufenden Mächten, Russland und China, kein rechter Frieden. Ein Konflikt über die Grenzziehung am Ussurifluss und eine alte machtpolitische Rivalität in Asien wirken sich in der realen Politik stärker aus als Kontroversen über eine richtige Interpretation der gemeinsamen revolutionären Ideologie. Seit dem 17. Jahrhundert haben die Russen Sibirien erobert und kolonisiert. Im 19. Jahrhundert annektierten die Zaren auch die See- provinz, wo sie den Hafen Wladiwostok gründeten. Von China aus gesehen ist Russland eine «westliche», europäische Grossmacht, die ihre Herrschaft auf weite Gebiete des asiatischen Kontinents ausgedehnt hat und bis an die Küste des Pazifischen Ozeans vorgedrungen ist. Unter den Konfliktmöglichkeiten der heutigen Welt bildet die Spannung zwischen China und der Sowjetunion zweifellos eine der gefährlichsten (wobei man nicht auszuschliessen braucht, dass unter einer anderen internationalen Konstellation eine Verständigung zwischen Peking und Moskau im Bereich des Möglichen liegen könnte).

Einst warnte ein deutscher Kaiser vor der «Gelben Gefahr». Wie auch immer die Zukunft Japans, Chinas und Südostasiens sich gestalten mag: die demographische Entwicklung in diesen riesigen Gebieten stellt die Menschheit vor ungeheure Probleme. Eine Milliarde Chinesen, die ein zähes, intelligentes, auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit erfahrendes Volk sind, das auf eine grosse kulturelle Vergangenheit zurückblickt und darauf stolz ist, liegt als ein immenses Potential in der Waagschale der Zukunft. Auch hier lautet die Frage, wann und wie sich die Aktivierung dieses Potentials wirtschaftlich und politisch auswirken wird. Solche Fragen sind für die künftige Gestaltung der Weltlage wichtiger als ideologische Dispute. China hat bei einer künftigen Expansion die Wahl zwischen zwei Richtungen: nach Norden, in das kalte sibirisch-russische Klima, oder nach Süden, in die warmen und fruchtbaren Regionen der südostasiatischen Völkerwelt. Diese Zukunft hat aber noch kaum begonnen, und chinesische Politiker haben in Gesprächen immer betont, dass noch für lange Zeit schwierige innen- und wirtschaftspolitische Probleme ihre Aufmerksamkeit und Kraft in Anspruch nehmen würden.

Dritte Welt und Blockfreiheit

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Amerika die Entkolonisierung gefördert und beschleunigt, wohl nicht ohne die Illusion, dass die neuen Staaten in

Afrika und Asien sich als dankbare und gelehrige Schüler der modernen westlichen Demokratien erweisen würden. Die Sowjetunion hat aus parallelen Gründen im eigenen Interesse ebenfalls den Entkolonisierungsprozess begünstigt. Das ehemals von Frankreich beherrschte Indochina wurde zum historischen Paradebeispiel eines Kampfes auf Leben und Tod zwischen kommunistischer und amerikanischer Vorherrschaft, als an der Nahtstelle zwischen Nord- und Südvietnam ein schrecklicher Krieg mit dem bekannten Ergebnis wütete. Die meisten politischen Vorgänge in ehemals französischen, britischen, holländischen, belgischen und portugiesischen Kolonien standen oder stehen im Zeichen dieses ideologisch-machtpolitischen Wettstreites, an dem sich übrigens etwas diskreter auch China beteiligt; der Bau der Tansambahn in Ostafrika durch die Chinesen ist dazu eine Illustration. Dort wo der britische oder französische Einfluss in ehemaligen afrikanischen Besitzungen noch zur Geltung kam, konnten einheimische Regimes eine gewisse Stabilität der Verhältnisse aufrechterhalten. Im ehemals belgischen Kongo, heute Zaire, und in der portugiesischen Kolonie Angola konnten sich die nach Westen beziehungsweise nach Osten orientierten Regimes dieser Staaten nur dank fremder Militärhilfe halten.

Die Probleme der Dritten Welt sind so komplex, dass nur einlässliche Studien einen richtigen Begriff von ihrer wirklichen, in den meisten Fällen desolaten Lage zu geben vermögen. Grosse und dennoch ungenügende Anstrengungen, um durch technische Hilfe der Unterentwicklung in diesen Regionen entgegenzuwirken, wurden unternommen. Aber das Wort von den Reichen, die immer reicher werden, und von den Armen, die immer ärmer werden, dürfte die Wirklichkeit des Nord-Süd-Gefälles zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern am treffendsten wiedergeben. Es ist eine Tragödie, dass auf der nördlichen Hälfte unseres Erdballs die Industriestaaten von der Ost-West-Spannung zwanghaft in Atem gehalten werden, während das Elend auf der südlichen Halbkugel samt Hungersnöten und anderen schweren Mangelerscheinungen nicht behoben werden kann. Vor mehr als zehn Jahren hat Robert MacNamara, Präsident der Weltbank, an einer Versammlung von Bankiers und Wirtschaftsführern in Kopenhagen den «Wahnsinn» des Wettrüstens gegeißelt, das ungeheure Summen verschlinge, die nützlicher für die Hilfe an die Entwicklungsländer verwendet werden könnten. (Gegenwärtig werden die jährlichen Ausgaben für Rüstungszwecke auf der Welt auf 500 Milliarden Dollar geschätzt.) Politisch verspricht das Nord-Süd-Verhältnis, das ein solches zwischen Besitzenden und Habenichtsen ist, für die Zukunft der Menschheit nichts Gutes.

Ausserhalb der Machtblöcke hat sich vor zwanzig Jahren die Organisation der blockfreien Staaten etabliert. Sie besitzt keine geringe Bedeutung

als eine Art Dritte Kraft auf dem Schachbrett der Weltpolitik. Die berühmten Initianten dieses losen Zusammenschlusses von Staaten, die sich weder der amerikanischen noch der sowjetischen Vormacht beugen wollen, Nehru, Nasser und Tito leben nicht mehr. Es war Titos mit letzter Energie durchgeführte Tat, als der greise Staatsmann an der Konferenz der Blockfreien in Kuba durch seinen Einfluss ihr Abgleiten in eine sowjetfreundliche Haltung zu verhindern vermochte. Nur neun und nicht die bedeutendsten unter den zahlreichen Mitgliedern dieser Staatengruppe sind nach Moskau orientiert. Indien, Ägypten, Jugoslawien und fast alle arabisch-muselmanischen und afrikanischen Staaten haben sich in der UNO dem Protest gegen die Besetzung Afghanistans durch Sowjettruppen angeschlossen. Mit ihrem Griff nach Afghanistan hat die Sowjetunion einem Mitglied der blockfreien Staatengemeinschaft Gewalt zugefügt, was bei den anderen Blockfreien einen Solidaritätseffekt auslöste.

Es scheint mir nicht abwegig, wenn man die Bemühungen von blockfreien, auch von neutralen, das heisst grundsätzlich auf kein Bündnis mit einer Grossmacht verpflichteten Staaten, zwischen den Machtblöcken einen Freiraum offen zu halten, zu den positiven Elementen der internationalen Politik zählt. Obgleich ihre faktische Macht sich mit derjenigen der Supermächte keineswegs messen kann, ist ihr Vorhandensein als Länder und Regionen, die in ihrer Aussenpolitik eine unabhängige Haltung einnehmen können, wie eine Warnung vor imperialistischen Übergriffen der Supergrossen. Es ist offensichtlich, dass die Entwicklung der Weltlage seit den sechziger Jahren zunehmend auf die Wiederherstellung einer pluralistischen Mächte- und Staatenwelt hin tendiert. Auch das gehört zu den permanenten Mustern oder Leitbildern der politischen Geschichte, dass die einzelnen Nationen und Staaten, selbst aus ihrer relativen Schwäche heraus, darauf bedacht sind, ihre Unabhängigkeit gegen die Hegemoniebestrebungen von Grossmächten zu verteidigen. Dass die Art, in der die beiden Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihren Einfluss zur Geltung bringen, grundsätzlich und praktisch verschieden ist, hat einmal de Gaulle in seiner ironischen Ausdrucksweise dahin präzisiert, die Amerikaner hätten ihre Hegemonie «mit empfehlenswerteren Mitteln» etabliert, als es die Russen taten. Deutlicher ausgedrückt, besteht trotz der dunklen Schatten, die auch über Amerika und Westeuropa liegen, zwischen Freiheit und Diktatur ein nicht wegzuleugnender Unterschied qualitativer und politischer Art.

Der Pluralismus von souveränen Staaten hat sich auch gegen Bestrebungen durchgesetzt, regionale Staatenverbände mit Befugnissen eines Superstaates auszustatten. Das beste Beispiel liefert die Europäische Gemeinschaft, wo der sogenannte «Föderalismus» mit seinem supranationalen Programm nicht über das Einstimmigkeitsprinzip, das heisst über die Sou-

veränität der Mitgliedstaaten zu triumphieren vermochte. Das gleiche gilt für die Regionalverbände der amerikanischen, afrikanischen und arabischen Staaten. Die Idee der nationalen Unabhängigkeit hat trotz der vielfältigen Verflechtungen der modernen Welt ihre Widerstandskraft bewahrt.

¹Text in extenso in «Le Monde», 29. Januar 1981. – ²Günter Verheugen, «Chancen und Grenzen der Entspannungspolitik», «Politik und Kultur», Col-

loquium Verlag Berlin, Heft 6, 7. Jahrgang 1980. – ³Zitate nach A. H. (Arnold Hottinger), «Neue Zürcher Zeitung», 30. Januar 1981, Nr. 24.

Carbagas

Bern, Basel, Zürich, Lausanne, Genève

**Herstellung und Vertrieb
von technischen Gasen**

**wie Kohlendioxyd (CO₂), Sauerstoff (O₂), Stickstoff (N₂),
Argon (Ar) und Argon-Gemische, Acetylen-Dissous (C₂H₂),
Wasserstoff (H₂), Helium (He) usw.**